

Interpellation SVP-Fraktion:**«Austritt des Kantons St.Gallen aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)?»**

Die Stadt Rorschach trat vor kurzem aus der SKOS aus. Der Grund liegt darin, dass die SKOS zu wenig die Interessen der Sozialämter vertritt. Dieser Umstand wurde durch zahlreich geführte persönliche Gespräche mit den Sozialämtern verschiedener Gemeinden bestätigt.

Auch das Beispiel des renitenten Sozialhilfebezügers Beat R. aus dem aargauischen Berikon zeigt diesen Zustand klar auf. Der 23-jährige erstritt sich vor Bundesgericht gegen den Willen der Gemeinde Berikon Sozialhilfegelder, obwohl er sich gegen die Auflagen der Gemeinde wehrte. Anstatt sich hinter die Gemeinde zu stellen, begrüßte Walter Schmid, Präsident der SKOS, das Bundesgerichtsurteil mit der Bemerkung: «Auch schwierige Menschen haben Anrecht auf Sozialhilfe».

Des Weiteren kommt hinzu, dass die Richtlinien der SKOS, die lediglich ein privater Verband ist, mittlerweile fast rechtlichen Regelungen entsprechen.

Die Regierung wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch sind die direkten und indirekten Kosten der SKOS Mitgliedschaft für den Kanton St.Gallen?
2. Erachtet es die Regierung nicht als problematisch, dass ein privater Verband wie die SKOS praktisch gesetzgeberisch tätig ist?
3. Wie stellt sich die Regierung zu den Vorwürfen an die SKOS, den Interessen der Gemeinden und damit der Steuerzahlenden zu wenig Beachtung zu schenken?
4. Ist die Regierung bereit, den Austritt aus der SKOS zu prüfen und welches wären die Konsequenzen eines solchen Schrittes?
5. Was für Alternativen gibt es für den Kanton St.Gallen ausser der SKOS?»

3. Juni 2013

SVP-Fraktion